

An die Presse in
Oldenburg und Umland

PRESSEMITTEILUNG

Oldenburg, 13. Dezember 2004

Vorzeitige Einreichung des Bürgerbegehrens Schloßareal Oldenburg – Oberbürgermeister will Bürgerbegehren rechts überholen Überwältigende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gegen ein ECE-Shoppingcenter nach nicht einmal 2 Monaten Laufzeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir übersenden Ihnen unsere Pressemitteilung mit der Bitte um entsprechende Veröffentlichung.

Die drei Initiatoren des Bürgerbegehrens Schloßareal Oldenburg – Walter Lück, Shenja Schillgalis, Ursula Flörcken – haben heute gegen 17 Uhr insgesamt 1113 Unterschriftenlisten des erst seit Mitte Oktober laufenden Bürgerbegehrens im Alten Rathaus an die Stadt Oldenburg übergeben. 18.370 Unterzeichner insgesamt begehren, daß keine Entscheidung zugunsten einer ECE-Einkaufsmall vor Durchführung eines ergebnisoffenen städtebaulichen Wettbewerbs für alternative Nutzungen im Oldenburger Schloßareal getroffen wird. Das gesetzliche Quorum von 12000 Unterzeichnern – das etwa 10% der Oldenburger Wahlberechtigten entspricht - wird damit nach nicht einmal 2 Monaten Laufzeit weit übertroffen. Bürgerinnen und Bürger votieren für die Durchführung eines Bürgerentscheids in einer Anzahl, die so manche Partei im Stadtrat bei den Kommunalwahlen nicht erreicht. Das Bürgerbegehren Schloßareal Oldenburg stellt – niedersachsenweit einmalig – bereits das zweite Bürgerbegehren in der laufenden Ratsperiode unter Oberbürgermeister Dietmar Schütz (SPD) dar.

Die Initiatoren und die Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung danken der riesigen Hilfsbereitschaft insbesondere der Bürgerinnen und Bürger und der Oldenburger Kaufmannschaft. Seitens des Stadtrats haben nur die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und PDS zur Unterstützung des Bürgerbegehrens aufgerufen.

Die Sammlung der Unterschriften, die üblicherweise über 6 Monate durchgeführt wird, haben die Initiatoren vorzeitig abgebrochen, da Oberbürgermeister Dietmar Schütz (SPD) in den letzten Wochen das Verfahren für das in Verhandlung befindliche Projekt Shoppingcenter aus Angst vor dem Bürgerbegehren komplett umgekrempelt hat. Beschlußvorlagen im Bau- und Wirtschaftsförderungsausschuß wurden den Ratsvertretern so spät übermittelt, daß sie kaum Zeit zur Beratung hatten. Für den schon heute überraschend auch mit dem ECE-Projekt befaßten Verwaltungsausschuß werden die entscheidenden Unterlagen den Mitgliedern erst kurz vor der Sitzung überreicht. Entscheidungen, die erst in einem halben Jahr beraten werden sollten, wurden unter fadenscheinigen Gründen blitzartig vorgezogen. Alles dies zeigt, daß der Oberbürgermeister offensichtlich versucht, Fakten zu schaffen, um das höchst erfolgreich laufende Bürgerbegehren zu vereiteln (von einem Oberbürgermeister sollte man erwarten können, daß ihm die Interessen der Oldenbürger mehr bedeuten).

Die unverhüllt vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Knake geäußerte Mißachtung des Bürgerwillens, der für seine Fraktion erklärte, die SPD störe es nicht, wenn ein Bürgerentscheid verhindert werde und sie werde sich gegen den Bürgerentscheid stellen, zeigt eine geringe Wertschätzung von Bürgerrechten. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sieht die

Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung

www.buergerbegehren-ol.de info@buergerbegehren-ol.de
Info-Tel: 36 14 15 14

niedersächsische Gemeindeordnung als gesetzliche Verfahren vor. Es ist skandalös, daß die für Oldenburg wichtigste städtebauliche Entscheidung der nächsten Jahrzehnte vom SPD-Oberbürgermeister und der SPD/FDP-Gruppe sowie dem Vertreter der "Bürger für Oldenburg" (BfO), Ratsherrn Norrenbrock, mit einer Stimme Mehrheit durchgepeitscht werden soll – und zwar gegen die große Mehrheit der Oldenbürger und der Oldenburger Kaufmannschaft.

Für das weitere Verfahren des eingereichten Bürgerbegehrens müssen die Unterschriftenlisten unverzüglich zur Auszählung an das Amt für spezielle Bürgerdienste weitergeleitet werden, um eine schnellstmögliche Entscheidung des Verwaltungsausschusses zu erreichen. Ein Bürgerentscheid ließe sich bereits Ende Januar/Anfang Februar nächsten Jahres realisieren.

Mit freundlichen Grüßen
f.d. Initiative

(Shenja Schillgalis, Sprecherin)

(Walter Lück, Sprecher)

Die Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung wird vertreten durch
Walter Lück und Shenja Schillgalis
Kontoverbindung: Shenja Schillgalis/BI gegen Stadtzerstörung Kto.33 33 95 00 BLZ 280 602 28
(Raiffeisenbank Oldenburg eG) Verwendungszweck: Bürgerbegehren